

Saale-Beitung.

Hundertvierzigster Jahrgang.

werden die 6 halbjährigen Kolonialblätter oder deren Raum mit 80 Pfg. wöchentlich aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in untern Annahmestellen und allen Filialen-Expeditionen angenommen. Bestellen die Seite 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 M.

Ercheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Comp. - Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubaustraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich bei postmässiger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Der amtlichen Zeitung-Vergleichung unter „Saale-Zeltung“ eingetragen. Für unterlangt eingehende Sammlerträge wird keine Gewähr übernommen. Redaction nur mit Druckmaschinen: „Saale-Be.“ gestattet.

Verleger: der Redaction Nr. 114; des Anzeigen-Abteilung Nr. 170; der Anzeigen-Abteilung Nr. 118.

Nr. 434.

Halle a. S., Freitag, den 15. September.

1911.

Bestellungen auf die „Saale-Zeltung“ werden unausgesetzt von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen. Der Verlag.

Attentat auf Stolypin.

Petersburg, 15. Sept. (Privattelegramm.)

Ministerpräsident Stolypin ist gestern in Kiew während einer Theatervorstellung durch Revolvergeschüsse an der Leber schwer verwundet worden. Der Mann, der die Schüsse abgab, bezeichnet sich als Rechtsanwaltsgeselle Bugoff.

Bekanntlich war Stolypin schon vor einigen Jahren der Gegenstand eines mörderischen Anschlages, dem er wie durch ein Wunder entging, wobei jedoch seine Tochter schwer verletzt wurde. Donnerstag wollte er in Kiew an der Seite des Kaisers anlässlich der Enthüllung des Denkmals Alexanders II. Abends fand im Anschluss an diese Festlichkeit eine Galavorstellung im Theater statt, bei dem es dem Attentäter trotz der Wachsamkeit der Polizei gelungen ist, bis in die Nähe Stolypins vorzudringen und mehrere Schüsse auf ihn abzufeuern.

Wie man uns aus Paris telegraphiert, erhielten zum Renouveau-Attentat auf Stolypin dortige Blätter aus Kiew noch folgende Einzelheiten: Das Attentat gegen den Ministerpräsidenten wurde verübt, als dieser das Theater verließ. Der Attentäter ist ein Advokat namens Bugoff. Er feuerte aus unmittelbarer Nähe 2 Revolvergeschüsse ab, welche Stolypin am Unterleib schwer verletzten. Der Attentäter wurde sofort verhaftet. Er wäre von den Anwesenden fast gefoltert worden. — Der Zustand Stolypins soll hoffnungslos sein.

Angeht die tragischen Umstände, unter denen das Verschwinden des russischen Ministerpräsidenten von der Bühne des politischen Lebens erfolgt, gewinnt das Wort Talleyrands, daß der Mord die in Russland übliche Mode der Thronbesteigung ist, abermals an Wahrheit. Wie bei dem Zaren Alexander II., wie bei dem Großfürsten Siegen — so zwingt die Waffe des Mörders, die gestern abend der Advokat Bugoff aus politischen Motiven in die Hand genommen, den bisher in dem ungeheuren Reich einflussreichsten Mann die Empore zu verlassen, die dicht neben dem Zarenthron aufgebaut war. Weder das Heer der Geheimpolizisten noch die Gnadenjonne des russischen Kaisers, die dem Ministerpräsidenten seit der Niederwerfung der Hofmamluken wieder löschte, konnten das Attentat verhindern.

Mitüberströmte Janf der Minister am Portale des Theaters zufanden. Wäre Leoncavallos Oper als Galavorstellung gegeben worden, die gramgefüllten Worte Canios: „Geh heim, die Komödie ist zu Ende“ — hätten das grausigste Finale dieses Abends gegeben.

Ein Attentat, gleichviel ob die Motive politischer oder persönlicher Natur sind, ist immer verdammenswert; die Pistole auf einen wehrlosen Mann zu richten, ist ein Akt der fürchterlichsten Bestialität; deshalb hat nach dem Gesetzen der Humanität der Mensch Stolypin, der schon einmal das Opfer eines dynamischen Anschlages war, dem er nur mit genauer Not und mit schweren Verletzungen entran — die Tochter ist heute noch infolge eines Anschlages auf die Wille ihres Vaters an beiden Beinen gelähmt, — Anrecht auf das tiefste Mitleid und auf Teilnahme. Dem Politiker Stolypin, der nach dem Rücktritt des Sergei Jusitzkiß Witte im Jahre 1906 das Präsidium im russischen Ministerrat erhielt, gebühren Sympathien der Kulturwelt allerdings nicht.

Dieser russische Politiker, dessen Tun wie ein Keil in die Frühlingssacht des neuen Russland fiel, der dem Leben liberalen Aufstiegs, der unter dem Grafen Witte in dem Zarenreich sich zu regen begann, mit der Hartnäckigkeit des Strohstrusses jeden Eingang wehrte, der höchstens dann, wenn man in Russland den europäischer Geldmarkt brauchte, mit schlecht überhörter Höflichkeit den Vorhaltungen der Kulturnationen über die moralische innere Politik Russlands eine kleine Verbeugung machte, wird die halbasiatischen Spuren seiner Ministerherrlichkeit in der Geschichte seines Vaterlandes nie auslöschen können. Denn an seinen Händen fließt Blut, klebt das Blut jener unglücklichen Opfer von Rischnew und Kiew, die in einer jeder Kultur widersprechenden Weise von Haus und

Sof gejagt, geschändet und gemordet wurden. Kein Telegramm, keine mündliche noch schriftliche Vorlesung hat den russischen Ministerpräsidenten Stolypin bewegen können, ein Nachwort zu sprechen zu Gunsten der drangsalirten russischen Juden.

In Stolypins Regime fallen ferner jene Tage, in denen vom St. Synod gegen die Feiert des 80. Geburtstages des Grafen Leo Tolstoi protestiert und in denen sogar die Behörden der russischen Hauptstadt und zahlreicher anderer Orte Russlands eine öffentliche Feier des Geburtstages des Dichters und Verkündiger der Menschenliebe unterlagten! —

Auf die äußere Politik des Russischen Reiches hat Stolypin weniger Einfluß gehabt, da die Richtlinien dieser Politik in erster Linie vom Zaren und in dem Kreis der Großen bestimmt werden, dann auch wohl deshalb, weil das russische Reich in den letzten Jahren gezwungen war, nach den vernichteten Niederlagen im Kriege mit Japan — ohne Flotte, ohne finanzielle Hilfsmittel — sich Reserve bei der Einmischung in die Hände der Welt aufzuliegen. Ein Freund des Deutschen Reiches ist Stolypin, das kann man heute, nachdem sein früherer Ministerkollege und Leiter der auswärtigen Politik, Iswolski, abgesetzt worden, wohl mit Sicherheit behaupten, wie gewiesen und wenn die russische Politik die Pfade der deutschen Diplomatie seit 1906 nicht ernstlich getrennt, wenn, im Gegenteil, das durch von Kiderlens Geschäftlichkeit abgeschlossene deutsch-russische Bagdababkommen die beiden Staaten in erfreulicherweise in engere wirtschaftliche und politische Beziehungen gebracht hat, so ist das wahrlich nicht das Verdienst Stolypins, sondern eher das Werk Sajanoffs und seines kaiserlichen Herrn. Stolypin war zu sehr Stoik, um sich von den asiatischen Zukunftsströmungen frei zu machen, die seit den Tagen der Guro und Stobelen in dem Hirt der Russen pulsen. Der Empfang jener Abordnung österreichischer Staaten im Herbst des Jahres 1908 durch den leitenden Staatsmann des Zarenreiches ließ vermuten, wohin der Kurs, dem der Zar dann persönlich, wohl zeitig genug, eine andere Richtung geben wollte, gehen sollte.

Stolypin ist seit gestern ein stiller Mann; er ruht auf seinem Schmerzlager in Kiew, einer Stadt, die die fürchterlichsten Judenverfolgungen des heutigen Russland gesehen, in der die Menschenhete Tausender mit Füßen getreten wurden: Mene-tel-epharsin ...!

W. G.

Die Marokkoverhandlungen.

Nach einer Meldung des Pariser „Temps“ wird Botschafter Cambon in der Unterredung am Freitag mit dem Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter die von diesem zu stellenden Fragen genau nach dem Sinn und dem Wortlaut des ihm übermittelten Memorandums beantwortet. Ob der Botschafter es für passend erachtet, eine Abschrift des Memorandums zurückzulassen, wird vom Verlauf des Gesprächs abhängen.

Der „Neuen Freien Presse“ telegraphiert man aus Paris: Der Regierung nahestehende Blätter geben der Hoffnung Ausdruck, daß namentlich ein jedes Ministeramt in diesem Ausgange der Marokkoverträge zwischen Frankreich und Deutschland in die Wege geleitet worden sei. Auch die mit der Marokkfrage vertrauten hiesigen diplomatischen Vertreter gaben der Hoffnung Ausdruck, daß es jetzt weniger darauf ankomme, den ausstehenden Vertrag unter Dach und Fach zu bringen, als für noch von Deutschland aufgeworfene Detailfragen, für die sich auch die übrigen Agencras mächtig interessieren, eine günstige Lösung zu finden. Hierfür ist gute Aussicht vorhanden.

Den wiesbaden Alarmermeldungen und übertriebenen Gerüchten von englischen Kämpfungen, wie sie letzten im Zusammenhang mit dem augenblicklichen Stand der Marokkoverhandlungen mehrfach auftauchen, schloßen sich jetzt weitere Nachrichten an, die wir als Stimmungssymptome verzeichnen.

Nach einem Telegramm aus London ist man dort der Meinung, daß die Lage für Deutschland sehr ernst wird. „Die Territoriales mobilisieren“, so heißt es in kriegerischen Londoner Wochenblättern. Der kommandierende Offizier eines Territoriales-Bataillons erhielt vom Kriegsamt den Befehl, die Sergeanten anzuweisen, die Wohnungen aller Soldaten zur Kontrolle der Adressen, zur Revision der Tornister und beaufs Aufnahme von Vorlesungen über feststehende Ausrichtungsstücke zu inspizieren. Die Arbeit wird bis zum 17. September beendet sein. Die kommandierenden Offiziere und Adjutanten von Territoriales-Truppenteilen sollen dauernd in Verbindung miteinander stehen und kürzlich eine Konferenz gehabt haben. Auch im Lager von Aldershot herrscht große Rührigkeit. Freitag wird eine feierliche Parade abgehalten, wobei die Territoriales genau revidiert werden. Die vom verkürzten Urlaub

zurückkehrenden Mannschaften werden ärztlich untersucht und andere Sicherheitsmaßregeln getroffen. — Aus Kiew wird ferner berichtet: Das dort liegende dritte Festortsgeschwader erhielt Befehl, sich bereitzuhalten, um binnen einer Frist von wenigen Stunden in See zu gehen. — (Es dürfte sich bei dieser Maßnahme lediglich um eine zu Manöverzwecken erteilte Anordnung handeln. Die Red.)

Hundert Jahre Bauernfreiheit.

Die morgen erscheinende Nummer der „National-liberalen Blätter“ feiert in einem Aufsatz mit der vorstehenden Aufschrift einen hundertjährigen Gedenktag, der am 14. September zu begehen ist, das Zentenarjubiläum der preussischen Bauernfreiheit:

„Es war das größte Verdienst der Stein-Hardenberg'schen Agrarvergebung, daß die Bauern aus den Fesseln der Unterdrückung und Hörigkeit, Fronen und Leibeigenschaft befreit wurden. Verheißungen wurde diese Befreiung durch das Edikt vom 9. Oktober 1807: danach sollte das bisherige Unterdrückungsverhältnis derjenigen Untertanen sowie ihrer Weiber und Kinder, welche ihre Bauerngüter erblich oder eigentümlich, erbzinsweise oder erbpächterlich besitzen, wechselseitig gänzlich aufheben; nach dem Martintage 1810 soll es nur noch freie Leute geben, bei denen aber alle Verbindlichkeiten, die vermöge des Bestehens eines Grundstückes oder vermöge eines besonderen Vertrages obliegen, in Kraft bleiben. Die Erfüllung dieser Befreiung erfolgte sodann durch zwei Edikte vom 14. September 1811: a) zur Befreiung der Landeskultur, b) wegen Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse. Mit diesen Edikten erlangte die hergestellte Freiheit der Person des Landbauers für die Entwicklung des Agrarwesens erst ihre volle Bedeutung, denn namentlich war auch sein Grundbesitz zu unbeschränkter Benutzung frei. Mit der Befreiung der Frondienste und Ablösung anderer Naturalleistungen wurde zugleich einerseits die Teilung bisher gemeinschaftlich benutzter Bodenflächen unter die berechtigten Interessenten, andererseits die Zusammenlegung der bisher zerstreuten Grundstücke in größere Flächen gesetzlich angeordnet. Damit waren die Vorbereitungen erfüllt, um, wie Prof. Frhr. v. d. Goltz betont, „alle in der ländlichen Bevölkerung noch vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte zur freien Entfaltung zu bringen und dem landwirtschaftlichen Betrieb selbst diejenige Umgestaltung zu verleihen, welche beaufs möglichst reichlicher Erzeugung pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse unumgänglich notwendig“ erforderte.“

Die Besitzverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung hatten im Laufe von Jahrhunderten mannigfaltige Veränderungen, vorwiegend Verschlechterungen, erfahren. Die ursprünglich freien Bauern auf eigener Scholle erfreuten sich jederzeit eines behaglichen Daseins, bis die Heerbannpflicht immer drückender wurde und die Verwaltungsoorganisation festere Formen annahm mit der Wirkung, daß den Gutsbesitzern weitgehende Befugnisse, darunter auch die Gerichtsbarkeit, zustanden wurden. Um der Heerbannpflicht zu entgehen, begaben sich nach und nach die meisten weniger begüterten Freien in ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis zu den weltlichen und geistlichen Großen, welche dafür die erforderlichen Mannschaften stellten, sich aber gleichzeitig erhebliche persönliche und sachliche Leistungen ausbedungen. Im Laufe des Mittelalters verlor hierdurch der größere Teil des Bauernstandes seine persönliche und wirtschaftliche Selbstständigkeit. Einen geradezu verberösischen Einfluß übten auf die soziale Lage der Bauern der Bauernkrieg und der dreißigjährige Krieg aus. Hierdurch wurden, die zahlreich verödeten Bauernhöfen an jenen, der sie übernehmen wollte, fast verpachtet oder für rückständige landesherrliche Steuern eingezogen.“ (A. Meinen.) Unter solchen Verhältnissen war naturgemäß den Gutsbesitzern reichliche und billige Gelegenheit zur Vergrößerung ihrer Güter geboten; für sie gekaufte die Bewirtschaftung des Grund und Bodens um so einträglicher, weil die Bauern zu unentgeltlichem Hospiz verpflichtet waren und dabei ihre Zugvieh und Ackergeräte mitführen mußten. Es liegt auf der Hand, daß die Landeskultur unter diesen starken Beschränkungen der persönlichen Freiheit keine oder doch nur ganz geringfügige Fortschritte aufweisen konnte. Das Regulierungsedikt vom 14. September 1811 gewährte nun den Besitzern aller Stellen, welche nicht zu Eigentum an bäuerliche Wirte ausgetan waren, aber nach älteren landesherrlichen Vorschriften mit bäuerlichen Wirten besetzt erhalten werden mußten, das Recht auf den Erwerb des Eigentums an ihren Stellen; wenn unter Aufhebung aller Leistungen und Gegenleistungen die erblichen Besitzer ein Drittel, die nicht erblichen die Hälfte ihre Arealen dem Gutsbesitzer abtreten würden. Dabei war Hof und Garten nicht in Anrechnung zu bringen. Die Ausführung der Regulierungen und Realisationsleistungen begegnete, wie zu erwarten war, vielfachem Widerspruch, so daß schließ-



richterliche Kommissionen eingesetzt wurden; für die Bewältigung der gewaltigen Arbeit selbst wurden provisorische Kommissionen ins Leben gerufen, denen als Lokalkomitee eine größere Anzahl von Spezialkommissionen unterordnet wurde.

Das Hauptziel der Agrarreform mußte auf die Begründung und Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes gerichtet werden. Nachdem die Landwirtschaft im Laufe dieser Jahrzehnte verhängnisvolle Fortschritte gemacht hatte, mußten die Generalkommissionen darauf bedacht sein, innerhalb gegebener Grenzen möglichst viel Land für Befestigung des bäuerlichen Bestandes zu erhalten. Hierbei kamen ihnen einige Umstände zuflute, durch welche die Regulierungsarbeiten wesentlich erleichtert wurden. So bewirkte denn zunächst der Tiefstand der Bodenkultur im Verein mit den schlechten Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, daß die Großgrundbesitzer von der im Regulierungsgebiet vorgesehenen Abtretung bäuerlichen Bestandes im allgemeinen nur selten Gebrauch machten und einer Vermehrung ihres Landbesitzes die Festlegung von Grundrenten oder auch einer einmaligen Kapitalablösung vorzogen. Damit verkräftete sie ihr Betriebskapital, was um so vorteilhafter erschien, als nach Einstellung des Hauptdienstes die Anknüpfung von Wirtschaftsinventar erhöhte Aufwendungen beanspruchte. Andererseits machte sich in der bäuerlichen Bevölkerung überall ein lobenswerter Landhunger geltend. Mit dem unbefruchteten Recht zum Erwerb des Eigentums war die Gewähr für zukünftige Verbesserung des Gutes gegeben; Fleiß und Sparlichkeit eröffneten die Aussicht, auf der sozialen Stufenleiter emporzusteigen. Während bis zum Jahre 1807 der Besitz eines Rittergutes ausschließlich dem Adel vorbehalten war, sehen wir, wie nach einigen Jahrzehnten bürgerliche, großenteils aus dem Bauernstande hervorgegangene Landwirte zu Tausenden im Großgrundbesitz tätig sind.

Merdings darf nicht verschwiegen werden, daß das Landesbankrott von 1811 nicht in allen Punkten die Erwartungen des Gesetzgebers gerechtfertigt hat; in seiner Begründung war ausgesprochen, die unbefruchtete Verfügungsfreiheit sei das sicherste und beste Mittel, die Grundbesitzer vor Verschuldungen zu bewahren. Demgegenüber haben statistische Ermittlungen ergeben, daß die landwirtschaftliche Verschuldung innerhalb des Bauernstandes nach seiner Befreiung in verhältnismäßig kurzer Zeit einen ziemlich bedenklichen Umfang angenommen hat, einen noch bedenklicheren freilich die Ausfaltung bäuerlicher Besitzungen durch den Großgrundbesitz, die ja auch in jüngster Zeit wieder vielfach beklagt wird. Und weiterhin hat gerade auch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte gezeigt, daß es ein verhängnisvoller Fehler war, wenn man bei der Agrarreform, die an die Spitze von 1811 anknüpfte, eine zahlreiche und wichtige Besitzklasse von der Regulierungsfähigkeit ausschloß, nämlich die kleinen und mittleren, handienstpflichtigen Besitzer im Gegensatz zu den gepannhaltenden bäuerlichen Besitzern. In seiner bekannten Kolonisations- und Landarbeitervorlage für die Provinz Preußen bezeichnet der Generaldirektor der dortigen Landwirtschaft, Dr. Ropp, diese Unterlassungsünde als die Ursache der Deuten und Landflucht, denn, so sagt er, mit der Vorenthaltung des eigenen Bestandes habe die handienstpflichtigen Besitzer zu beständigen Tagelöhnern und Insultanten degradiert, bei denen das Heimatgefühl nicht ausgeprägt sei.

Aber wenn man solche Krankheitsercheinungen auch als unerwünschte Folgen unserer Agrar- und Landarbeitervorstellung anerkennt, wenn man auch zugeben muß, daß die Verteilung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in Preußen und Deutschland noch heutigentages keineswegs durchgehend den Anforderungen entspricht, die von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Standpunkt zu stellen sind, so bleibt die mit den Göttern vom 14. September 1811 tatkräftig ins Werk gesetzte Agrarreform doch die Grundlage für den gewaltigen Aufschwung unserer Bodenkultur, für die Wohlstandsvoraussetzungen für die bäuerliche Bevölkerung und im Verein mit anderen wichtigen Maßnahmen der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung die Grundlage für Preußens und Deutschlands Machtentwicklung. Das preussische Beispiel spornte in allen übrigen deutschen Staaten, abgesehen von den beiden Westfalen, zur Nachahmung an: zunächst in Baden 1820, Sachsen 1824, Bayern 1826, Hessen-Darmstadt 1827 usw. In Preußen waren die Regulierungsarbeiten und Realisationsabteilungen im wesentlichen bis zum Jahre 1866 beendet; seit dieser Zeit befassen sich die Generalkommissionen vorwiegend mit Ums- und Zusammenlegung von Grundstücken und leisten auch dadurch unserer Landwirtschaft wertvolle Dienste. Die Politik des Reiches und der Einzelstaaten muß im Interesse der Volkswirtschaft ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich dem Bauernstande zuwenden, weil seine Erhaltung wesentlich mit einer Frage der Staatserhaltung ist."

Deutsches Reich.

Ein neues Gesellschaftsform

unter dem Namen „gemischte wirtschaftliche Unternehmung“ schlägt Ministerialdirektor Dr. Fr. Freund in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ vor. Sie ist berechnet namentlich für die Beteiligung einer öffentlichen Korporation an Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. oder eingetragenen Genossenschaften. Freund sieht eine Reihe von Grundzügen auf, zu deren Durchführung es eines Gesetzes bedarf, und meint:

Die neue Form der „gemischten wirtschaftlichen Unternehmung“ kann namentlich für das Verhältnis unserer höchsten Kommunen oder unserer Zweckverbände zur Privatindustrie bedeutsam werden. Wenn hier so häufig die Frage erörtert worden ist, ob sich ein wirtschaftliches Unternehmen mehr für den Kommunal- oder für den Privatbetrieb eignet, so werden wir auf die Möglichkeit eines Mittelweges zwischen beiden Betriebsarten, auf eine Gesellschaftsform der Kommunen mit der Privatindustrie, hinweisen können.

Der Zwischenfall in der Luifensirke

in Charlottenburg ist noch nicht erledigt. Der Kirchenrat der Luifensirke hat Donnerstag abend beschlossen, beim Kommando der 2. Division die Strafverfolgung der Offiziere zu beantragen, die am 23. Juli den Gottesdienst durch Abzünden der Mannschaften störten.

L. C. Bemerkenswerte Vereinbarungen hat der Gewerkschein der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) mit dem Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands getroffen. Nach dem am 15. September in Kraft tretenden Vereinbarung werden bei Streiks und Ausparierungen beide Verbände gemeinsam und einheitlich vorgehen. Die Spitze der betroffenen Vereinbarungen, nach denen eine Einwirkung auf parteipolitische oder konfessionelle Gebiete ausgeschlossen ist, richtet sich offensichtlich gegen den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, der verfassungsrechtlich bemängelt gewesen ist, andere Arbeiterorganisationen bei der Vertretung ihrer Interessen auszuschließen. Es heißt in den getroffenen Vereinbarungen ausdrücklich: „Gegenüber den Ausbaltungsbereitungen gegenseitiger Organisationen bei Tarifabschlüssen und Verhandlungen sollen beide Verbände gemeinsam vorgehen, um sich die Anerkennung und das Mitbestimmungsrecht zu sichern“ und das Organ des Hirsch-Dunderscher Gewerkscheins schreibt bei der Veröffentlichung der zwischen dem Gewerkschein und dem Christlichen Verbande getroffenen Vereinbarung, die Gewerkscheine verlangen Gleichberechtigung, sie müssen es ablehnen, als Nachläufer der sozialdemokratischen Organisationen betrachtet zu werden. Es hängt jetzt vom Deutschen Metallarbeiterverbande ab, ob in Zukunft ein zuträglicheres Verhältnis unter den Metallarbeitern herrschen soll, als es jetzt der Fall war. — Die namentlich zwischen den beiden Arbeiterverbänden getroffenen Vereinbarungen erinnern daran, daß von der sozialdemokratischen Presse vor einiger Zeit die Nachfrist verbreitet wurde, die Hirsch-Dunderscher Gewerkscheine hätten mit den christlichen Gewerkschaften Vereinbarungen getroffen hinsichtlich der bevorstehenden Reichstagswahlen. Wie die jetzige Veröffentlichung beweist, hatten die Sozialdemokraten etwas läuten hören, ohne aber über den wirklichen Sachverhalt unterrichtet zu sein.

Parteinachrichten.

Nur keine inneren Krisen —

dies ist der Standpunkt, den jetzt die offizielle Sozialdemokratie einnimmt. Aus dieser Stimmung heraus erklärt sich die Stellungnahme des sozialdemokratischen Parteitag in Jena zur württembergischen Streiffrage. Hier gab man in der einen Sache den Revisionisten recht, indem man auf ihren Antrag dem radikalen Redakteur W. J. Meyer von der Schwäbischen Tagblatt sein Mandat als Delegierter, „von Rechtswegen“ anahm und diesem Ferner damit sein unkorrektes Vorgehen bei der Stuttgarter Delegiertenwahl feierlich bestätigte. Das war ein schwerer Schlag für den württembergischen Radikalismus, aber er mußte vollbracht werden, um die dortigen Revisionisten bei guter Laune zu erhalten und es zu verhindern, daß sie den ganzen widerwärtigen Parteitag aufrollen — jetzt, so dicht vor den Neuwahlen! Beinahe aber wäre es doch noch zum Kraß gekommen, da in der Frage der eigentlichen sachlichen Gegensätze in Württemberg die radikale Frau Dunder einen prosozialistischen Ton anschlug, der mit den vorherigen Vereinbarungen — Milde und Ausgleich! — in höchstem Gegensatz stand und das Bedürfnis der Revisionisten, noch doch noch gehörig auszukommen, lebendig werden ließ. Da aber sprang der neue Parteiparl Herr Dieß in die Bresche, und seinem kategorischen Imperativ gelang es, die Mehrheit zu einer kleinen Vergewaltigungsaktion zu gewinnen; die Revisionisten Württembergs durften nicht schlicht antworten auf die gegen sie erhobenen Angriffe!

Im Parlament und bei anderen Parteien würde die Sozialdemokratie nicht genug protestieren und kritisieren können als solcher Unterdrückung des freien Wortes — in ihrem eigenen Parlament selbst sei sie ruhig derartige Extratouren. Und die Revisionisten stehen das ihnen ungewollte Unrecht verhältnismäßig ruhig über sich ergehen. Nun ja, sie wollen ihre „Regulierungsfähigkeit“ im Rahmen des sozialdemokratischen Königreichs nicht verschmerzen und spielen daher nur in der zwingendsten Not den „wilden Mann“. So verließ die württembergische Gesellschaft ohne öffentliche Entscheidung. Der arme Parteivorstand hat wieder einmal die ehrenvolle Aufgabe, so schlicht und auszugleichen. Bisher hat er dabei wenig Geschick erwiesen. Vielleicht geht es jetzt glatter, da der Hauptingenieur Westmeyer nach dem jetzigen Etat in Württemberg wohl kaum noch zu halten ist.

Aus dem Parlamentarierat erfließen wir die interessanteste Tatsache, daß im Schoß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sehr scharfe Kämpfe wegen Glaubensbindungen stattgefunden und sogar sechs Mann sich der Abstimung ferngehalten haben. Man sieht, wie namentlich schwer es ist, in der Sozialdemokratie auch im Einzelnen den antipolitischen Doktrinarismus zu überwinden. L. C.

L. C. Die Fraktion der fortgeschrittenen Volkspartei in der zweiten sächsischen Kammer hat eine Eingabe an die sächsische Regierung gerichtet, in der Maßnahmen gegen die Lebensmittelerzeugung verlangt werden. Als solche Maßnahmen werden in Vorschlag gebracht: Aufhebung der Futtermittelzölle; bedeutende Frachtminderungen für Futtermittel und Brotgetreide; Aufhebung der Exportzölle für Brotgetreide; Befreiung des Einfuhrzollsystems, wenn dies nicht sofort erreichbar, dann Einschränkung der Einfuhrzölle in ihrer Verwendungsmöglichkeit und Verbandsdauer. Zu diesem letzten Punkte im speziellen wird in der beigefügten Begründung bemerkt, daß der gegenwärtige Zustand in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes, insbesondere aber im Königreich Sachsen mit seiner zahlreichsten gewerblichen, industriellen und kleinbäuerlichen Bevölkerung als eine himmelstürzende Ungerechtigkeit empfunden werde; ohne Befreiung oder ohne wesentliche Einschränkung der preisverwertenden Wirkungen des Einfuhrzollsystems sei auf eine dauerhafte und erfolgreiche Abmilderung zur Vorbeugung einer Lebensmittelerzeugung trotz reichen Ertrages an Brotgetreide nicht zu hoffen. In der sächsischen Regierung wird es nun sein, zu

zeigen, ob sie gemillt ist, daß die vorgeschlagenen Maßregeln einzutreten.

Sozialdemokratischer Parteitag.

IV.

(Unter Nachb. verb.)

S. u. H. Jena, 14. Sept.

Das für heute angekündigte Referat Bebel's über die Reichstagswahl hatte bewirkt, daß Saal und Tribüne des Volkshauses schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt waren. Neben Mitgliedern des gestern hier eingetroffenen Internationalen Konvents, Kongresses sah man auch Jenerer Professoren, Studenten und Angehörige des Bürgerturns im Zubehörraum. Bebel erschien, ausgestattet mit Photographen und Almagert, kurz vor Beginn der Sitzung ziemlich aufgeräumt im Saal. Auf seinem Platze prangte ein großer roter Blumenstrauß. Zu seinem Referat über die Reichstagswahlen liegt eine Resolution des Parteivorstandes vor.

Nach Eröffnung der Sitzung teilt der Vorsitzende Dieß zur allgemeinen Überzeugung mit, daß der Parteitag bereits morgen, Freitag mittag, zu Ende gehen wird. Es liegt wieder eine Reihe von Beschlüssen vor, darunter eins vom sozialdemokratischen Führerparteitag. Mit minutenlangem Beifall empfangen, führt Bebel:

Reichstagsabgeordneter August Bebel

unter lauterem Stille u. a. aus:

Zunächst eine persönlich formale Bemerkung: Wir sind darüber übereingekommen, daß die Reichstagswahlen in einem Referat behandelt werden sollen. Ich werde mit der

Marokko-Frage

beginnen, mit der Frage, die uns gegenwärtig am meisten interessiert. Parteigenossen! Die Kolonialpolitik hat in den letzten Jahren überall das schärfste Interesse gefunden, entweder weil die verschiedenen Staaten verlust haben, ihre Interessen zu erweitern, oder um ganz neue Kolonialgebiete zu erschließen. Deutschland war bis Ende der achtziger Jahre ein kolonialfreies Land, es ist endlich unseren kolonialfreundlichen Kreisen gelang, den Fürsten Bismarck eine deutsche Kolonialpolitik einzuschmeißen und er seine Zustimmung zur Eroberung und Erwerbung unserer Kolonien in Südafrika, Ostafrika, Togo usw. gab. Nun hat in den letzten Jahrzehnten die Kolonialpolitik sich hauptsächlich auf Afrika geworfen. Im Laufe der Jahrzehnte hat man das große Afrika in eine Reihe von Kolonialgebieten geteilt, die den verschiedenen Mächten Europas untertan geworden sind. Insbesondere Frankreich, das schon lange kein Augenmerk auf die sogenannten seiner Nase liegenden afrikanischen Küstengebiete gerichtet hatte, ludte diese in seine Waffenschiffe einzubringen. Schon Napoleon von der Seite wollte zu Anfang des vorigen Jahrhunderts seine Hand auf Algerien legen. Die Sache mißglückte, aber Frankreich hatte nach wie vor auf Algier sein Augenmerk, und es ist dieses nicht erhalten konnte, verurteilte es, sich andere Länder Nordafrikas anzugewinnen. Zunächst Algerien. Frankreich hat im Laufe der Jahrzehnte ca. 6 bis 7 Milliarden für Alger auszugeben, die Menschenopfer gar nicht gerechnet, unter denen sich leider auch zahlreiche Deutsche befanden, die sich für die Fremdenlegation haben anwerben lassen. Frankreich verlor es auch später, eine Schugherrschaft über Tunis geltend zu machen. Nun lag es auf der Hand, daß es seine Interessenpolitik auch auf Marokko ausdehnen wollte. Hier legten sich jedoch zunächst die anderen Kolonialmächte in den Weg. Marokko war in Madrid eine Konferenz statt, an der sich auch Deutschland beteiligte. Das Resultat war, daß in Marokko keine Nation irgend welche Vorrechte eingeräumt werden sollten, es sollte bei der Politik der offenen Tür bleiben. Aber die französischen Kolonialpolitiker ließen nicht locker. Es gelang schließlich dem klugen König Edward von England, mit Frankreich einen Vertrag abzuschließen, wonach Frankreich den Engländern in Marokko die Vorkerkshäfte überließ, während die Engländer in Marokko den Franzosen freie Hand ließen. Der französische Handel in Marokko war sehr zurückgegangen, während der englische und deutsche hier. Ich will nicht verheimlichen, daß Marokko zu den Ländern gehört, die bei einer vernünftigen Politik einer großen Entwicklung fähig sind. Die Kolonialpolitik Marokkos würde den Handelsverkehr Deutschlands gewaltig steigern. Der Vorteil für Deutschland und seinen Handel liegt dann klar auf der Hand. Wir Sozialdemokraten, die vor der ganzen Marokkopolitik seitlich gemieden haben und gegenüberliegen müssen, haben das natürliche Verlangen, daß Deutschlands Handel und industrielle Entwicklung unter den gleichen Bedingungen sich vollziehen kann, wie in anderen Staaten. Keine Nation soll der anderen vorgezogen werden. 1905 hielt der Kaiser seine bekannte Tanager-Rede, wonach in Marokko eine gesunde Politik nur möglich ist, wenn die Unabhängigkeit des Sultans gewährleistet ist. Deutschland lasse sich nicht zurückdrängen und werde dafür sorgen, daß Marokkos Integrität aufrecht erhalten werde. Nach ihrer Auffassung der Dinge berechtigte auch die Marokkaner und mußte sie berechtigen, anzunehmen, Deutschland würde sie mit Waffengewalt gegen Frankreich verteidigen. Wir haben damals im Reichstage erklärt, daß wir uns um Marokko nicht zu kümmern haben und am allerwenigsten zu tun können, daß unsere Heeresmacht zu verstärken sei. (Ueberrascht, daß hier) Darin lag die Sache aus, aber man hätte nicht, nicht man in Marokko etwas tun wollte. Im Gegenteil erklärte Fürst Bülow 1905 bei der Besprechung der Marokkofrage ausdrücklich, daß wir dort niemals Gebietswerbungen beschließen könnten, ohne die Unabhängigkeit der dortigen Völker zu fördern und Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Sultans, sowie wirtschaftlichen Einflusses Deutschlands in Marokko.

Der Weg nach Marokko führt zunächst durch den englisches Kanal, jedes deutsche Schiff, das durch den Kanal will, richtet die Blicke der beiden Stadthälften auf sich und Frankreich und England haben es in der Gewalt, diesen Schiff die Durchfahrt zu verweigern. Ob unsere Macht, ausreicht, dem entgegenzutreten, ist mehr als die Frage. Daß das Objekt aber, das in Frage kommt, keineswegs die Opfer wert sein werde, die dann geleistet werden müssen, darüber besteht kein Zweifel. Das ist das Entscheidende. Wir können uns nicht, wie es von den Abenteurern gefordert wird, auf eine graden blicke Politik einlassen. Es besteht die Gefahr eines eckeligen, wenn die Beziehungen dort auf die Spitze getrieben werden. (Sehr richtig!)

Bleyle's Knaben-Anzüge

sind das gesundeste, bequemste, haltbarste und billigste Kleidungsstück, welches die Textilbranche bis heute erzeugt hat. Für annähernd 20 Mark kann der widrige Knabe ungefähre 2 Jahre lang stets tauglich getriebe werden.

Verkaufsstelle für Halle a. S. bei
Geschw. Jüdel,
101 Leipzigerstraße 101.

In seinen weiteren Ausführungen bespricht Bebel in sozialdemokratischer Beleuchtung die Politik v. Ribben-Loochters und fragt, was für eine Rolle der Reichstagsler bei der Entsendung der Kriegsschiffe nach Agadir gespielt habe. Der Redner fährt dann fort:

Die Frage des Verhaltens der Partei im Falle eines Krieges ist nicht von heute auf morgen festgelegt, sie liegt bereits seit Jahren vor. Auf dem internationalen Kongress 1903 war beantragt, daß neben dem Massenstreik auch ein Militärestreik zu injizieren sei. Hauptächlich war es die deutschen Genossen, mit denen der Antrag niedergestimmt wurde. Wir bedenken uns dafür, uns vorher irgendwie festzulegen. Auf dem vorletzten internationalen Kongress waren es die gesamten Franzosen v. der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, welche verlangten, beim Ausbruch eines Krieges den allgemeinen Massenstreik zu veranlassen. Ich habe in kategorischer Weise erklärt, daß wir Deutschen uns nie zu einer solchen Resolution verstehen könnten. Wir haben schließlich erklärt: Beschließt, was auch gut dünkt, wir Deutschen tun nicht mit. Es wurde dann beantragt, daß wir eine Resolution vorbereiten sollten. Das ist geschehen. Es heißt darin: Wenn der Ausbruch eines Krieges droht, sind die proletarischen Klassen verpflichtet, alles aufzubieten, um durch Anwendung aller mirksam scheinender Mittel den Krieg zu verhindern. Wenn der Krieg dennoch ausbrechen sollte, müssen sich die proletarischen Klassen bemühen, den Frieden wieder herbeizuführen, ohne daß ein Schaden auf beiden Seiten eintreten kann. — Der Inhalt der Resolution besagt also nichts von Massenstreik.

Bebel schilderte das Elend und die Not, die ein Krieg notwendigerweise im Gefolge haben müßte, wie die große Arbeitslosigkeit, die sich auf alle Arbeiter erstrecken wird, die nicht in Waffenfabriken tätig sind. Er führte aus, daß in solchen Zeiten die Massen nach Brot und Arbeit schreien, aber von einem Massenstreik nichts wissen wollen. Er empfahl dann die Annahme der vom Parteivorstande dem Parteitag in Marokkofrage vorgelegten Resolution (die wir bereits mitteilten).

In der Debatte begründete Rosa Luxemburg eine Reihe von vorschlagenden Amendements. Sie meinte, daß die Resolution des Parteivorstandes nicht umfangreich genug sei und den Massen nicht alles sage. Auf Antrag des Abg. Dr. D. a. i. beschloß jedoch der Parteitag mit großer Mehrheit, von jeder weiteren Debatte abzusehen. Der Antrag Rosa Luxemburgs wurde abgelehnt und die Resolution des Parteivorstandes unter lebhaftem Beifall angenommen. — Bebel wird am morgigen Freitag über die kommenden Reichstagswahlen referieren.

Ausland.

Die Streikunruhen in Bilbao.

Aus Madrid wird gemeldet: Der unter Vorbehalt des Königs abgehaltene Ministerrat dauerte über anderthalb Stunden. Der Premier besprach ausführlich die seitens der Regierung im Bilsaer Industriegebiet und in dem Minenbezirk von Deleba getroffenen außerordentlichen Vorkehrungsmaßnahmen. Nach dem Ministerrat teilte der Premierminister mit, daß in Bilbao die Ausständigen einen von Soldaten begleiteten Trambahnenwagen angegriffen haben. Die Soldaten trieben die Angreifer mit Unterstützung einer Kanallerie, Establon und der Zivilgouverneur von Bilbao telegraphierten, daß die Versorgung der Stadt mit Brot und anderen Lebensmitteln große Schwierigkeiten bereitet. Abgesandte der Streikenden aus Bilbao durchzogen die Minenbezirke Santander und Leon und fordern die Minenarbeiter auf, sich dem Generalstreik anzuschließen. Der Premierminister erklärte, daß das Gerücht, die Regierung beabsichtige die konstitutionellen Garantien in ganz Spanien aufzuheben, falsch sei. Dagegen sei es Tatsache, daß der Ministerrat ihn autorisierte, alle, auch die stärksten Mittel anzuwenden, welche die augenblickliche heikle Lage erforderlich erscheinen lasse.

Weitere Meldungen aus Bilbao, die die strenge Zensur durchgehen ließ, besagen, daß es gestern in den Straßen von Bilbao zu erneuten Zusammenstößen gekommen ist. Der Bahnverkehr und der Verkehr der Straßenbahnen ist zum Teil eingestellt. Keine Zeitung erscheint. — Auch aus Malaga werden

Zusammenstöße zwischen den Ausständigen und der Polizei gemeldet.

Schönach über seinen Rücktritt.

Lauf Telegramm aus Budapest äußerte sich der abgehende österreich-ungarische Kriegsminister v. Schönach gegenüber einem Mitgliede des „Nap“ über seinen Rücktritt: Dieser ist ein unfreiwilliger; er sei ein Opfer des Willens des Thronfolgers geworden. In der Arme seien zwei Strömungen vorhanden: die eine, deren Chef er sei, habe sich nur an die Direktiven vom Herrscher gehalten, von dem sie allein alle Weisungen angenommen habe. Dies habe Willkür in Belvedere erregt, und er sei wiederholt aufgefordert worden, sich nur an den Willen des Thronfolgers zu halten, und zwar habe sich das besonders auf die Ernennung höherer Offiziere bezogen. Er, Schönach, habe aber nur jene befördert, die der Monarch vorschlug. Schönach erklärte schließlich, er habe einen letzten Schritt unternommen und sich zur Abreise gemeldet, in der er dann seine Demission vorkrachte, die auch angenommen wurde. Er scheidet in wenigen Tagen aus seinem Amte in Ehren und ohne Aussicht, je wieder zurückzukehren.

Die Freunde der Saale-Zeitung

werden gebeten, auf ihren Reisen in Hotels und Restaurants überall

„Saale-Zeitung“

zu verlangen.

Die dänische Vieheinfuhr gesperrt!

Lauf Telegramm aus Kiel ist die dänische Einfuhr von Vieh nach Kiel bis auf weiteres gesperrt worden, weil in den Quarantäne-Anstalten die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen sei. 200 Rinder mußten schon getötet werden.

Chinesische Wirren.

Nachrichten aus Tschungking melden, daß Tschungking von Aufständigen besetzt wird, denen die von den Wällen feuernden Truppen schwere Verluste beibringen. Einige Engländer aus Tschungking sind in Tschungking eingetroffen. Wegen der Unsicherheit der Stromfahrt läßt laut „W. A.“ der Generalgouverneur den Rest der Ausländer in Suifu fest. Der Generalgouverneur der Liangshu-Provinz hat Kanonenboote geschickt, die für den 22. September in Tschingou erwartet werden.

Kleine Tagesnachrichten.

Die holländischen Generalkaaten werden, wie wir aus dem Haag erfahren, von der Königin Wilhelmine am 10. Oktober nicht persönlich eröffnet werden.

Gegen Japans Küstenfreundlichkeit.

Angesichts der ostentativen Küstenfreundlichkeit der japanischen Regierung und Presse wartet einem Telegramm aus Tokio zufolge die japanische Zeitung „Nishi Nishi“ in einem Leitartikel vor Missionen und betont, daß Japan nach wie vor mit der Gegenwartschaft Auslands rechnen müsse.

Kongresse und Verbandstage.

Deutscher Verein für öffentliche Gesundheitspflege.

S. & H. Dresden, 14. Sept.

Unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern der verschiedenen Zweige der öffentlichen Gesundheitspflege trat im hiesigen Gewerksaule der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege zu seiner 26. Hauptversammlung zusammen. Der Vorsitzende Geheimrat Roth (Notsdam) eröffnete die Verhandlungen mit einer kurzen Begrüßungsansprache, worauf Staatsminister Graf Wittum von Eckardt den Verein in Dresden willkommen hieß. Als erster Referent sprach der Beigeordnete der Stadt Rön Landesamrat a. D. R. H. o. r. über „Ergebnisse der Städtebauausstellungen im Jahre 1910 für die öffentliche Gesundheitspflege.“ Der Redner betonte, daß das Wort Städtebau förmlich ein Schlagwort geworden sei und von allen möglichen Leuten im Munde geführt werde. Die Ergebnisse der Städtebauausstellungen müssen in erster Linie nach dem dauernden Einfluß beurteilt werden, den sie auf die Kultur ausgeübt haben. Der Referent stellte dann eine Reihe von Vorschlägen auf, die im wesentlichen folgendes betreffen: Die Notwendigkeit eines planmäßigen Städtebaues, die eine ästhetische und wirtschaftliche, sowie gesundheitsliche Berücksichtigung auf dem Gebiete der Städteentwicklung sind durch die Städtebauausstellungen wesentlich gefördert worden. Die Aufstellung der Bauplanungspläne ist Sache des Architekten. Grundbedingung für eine günstige Städteentwicklung ist ein weitgehender Bauplanungsplan, Baupolizei und Städtebau müssen zusammenarbeiten, ebenso Bauplanungsplan und Bauordnung. Auf eine Befreiung der Bevölkerung von den verschiedenen Klassen müssen geachtet werden. Auch die Wohnverhältnisse müssen hygienisch möglichst günstig eingerichtet sein. Der Bau von Hinterhöfen ist unzulässig zu beschränken. Die Gartenabstreubungen müssen gefördert werden. Die Schaffung von Parks und Grünanlagen ist für die Städte herum ist anzustreben. Für die Jugend sind Spielplätze anzulegen. Zur Bekämpfung des Alkoholismus sind öffentliche Trinkbrunnen und Milchsaugmaschinen zu schaffen. — Redner schloß mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Sache, daß man sich nicht durch die Schwierigkeiten des Lebens entweichen lassen darf, sondern die Sache durchsetzen muß. Der Referent sprach sich für die Sache aus, die Sache ohne Spielplatz ist der Vater des Mannes ohne Arbeit. — An die Ausführungen knüpfte sich eine kurze Debatte, worauf die Beratungen vertagt wurden.

Bäder und Kurorte.

Hochinteressante Herbstreisen veranstaltet in der nächsten Zeit Karl Klefels Reisebureau, Berlin, Unter den Linden 40: zur Weltausstellung in Turin und im Anschluß daran zur Kunstausstellung in Rom und weiter durch Italien bis Neapel am 28. Sept. und 8. Okt. Auf dieser Tour wird, außer der Weltausstellung, in den Städten Genua, Rom, Neapel, Florenz und Venedig ein mehrtägiger Aufenthalt genommen. Die Reisen werden geleitet von einem erfahrenen Sachmann, der die künstlerische, historische, Land- und Luft genau kennt und somit dem Teilnehmer ein kompetenter Führer ist. Andere hochinteressante Reisen z. B. nach London und Paris, nach der Bretagne werden folgen. Im November wird eine Reise angetreten nach Vorderindien und Birma zur Kaiserkrönung in Delhi. Programme kostenfrei.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Weitzner; Feuilleton, Vermischtes usw.: J. W. Wilhelm Georg; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Der Gesamtanfrage unserer heutigen Abend-Ausgabe liegt ein Prospekt der Möbelfabrik von Reinicke & Andag, Halle a. S. bei. Diese Firma hat in ihren hellen Möbelhallen ca. 80 komplette Musterzimmer in unterschiedlicher und schon dekorativer Ausführung ausgelegt; der Besuch ist Interessierten gern gelattet. Durch ihre mit den neuesten Maschinen ausgestatteten Tischlerwerkstätten kann die Firma in kürzester Zeit bei sauberster Ausführung und billiger Preisstellung alle gewünschten Neuankündigungen nach Entwürfen usw. herstellen; hierüber stehen ihr auch viele Referenzen zur Verfügung.



Kupferberg Gold
Die Qualitäts-Mark

Durch den Weinhandel zu beziehen.

Vertreter: Hermann Spanuth, Magdeburg, Wilhelmstr. 19. Tel. 3254.

Walhalla-Theater

Direktor u. Leiter: Paul Bittgen.

Sensation! Nur 1 Tag! Sensation!
Heute Freitag Herausforderungskampf
in freiem Ringkampf (catch a cat catch one),
 wobei alle Griffe erlaubt sind. Herausforderer:

- 1) Westergard gegen Kutschke
- 2) Westergard " Michalloff
- 3) Westergard " Steurs

Alle 2 Kämpfe bis zur Entscheidung.
 Westergard, welcher bis vor kurzem nur im freien Ringkampf gerungen, hat in Amerika grosse Erfolge zu verzeichnen gehabt, unter anderen hat er den berühmten Dr. Roller besiegt. Die ausgesetzten Prämien für Sieger u. Besiegte wird auf ausbezahlt. Vorst. 8 Uhr. Nur dieser eine Tag! Kämpfe 10 Uhr.

Augustinerbräu.

Fernsprecher 3158. Mittelstraße 14/15.

Säle

für Hochzeiten, Festessen, Vereinsfestlichkeiten.

Götte Behagungen.
 Größere und kleinere Vereinszimmer sind noch mehrere Tage in der Woche zu vergeben.

Paul Schreifer.

Dr. Hagens Nerventropfen.

Fl. 1, Mk. 1.

altbewährt bei Schlaflosigkeit, nervösen Magenbeschwerden, geist. Ueberanstrengung etc.

Cauphosphat: Brom-Natronphosphat, Salze a. S. am Markt.

Herbstreisen.

Italien Weltausstellung Turin Venedig. 125. Sept. Mailand etc.) 8. Oktbr. 9 Tage M. 300.-

Weltausstellung Turin mit Genoa. Florenz, Rom, Neapel. 25. Sept. 22. M. 700.- nach London, Brüssel, Ostende, Paris 30. Sept. 14. M. 520.-

der Bretagne u. d. Pyrenäenhalb. 30. " 25. M. 900.-

Zur Kaiserkrönung in Delhi, Vorderindien u. Burma, Anfang November.

Karl Niesel's Reisebureau, 1870 Berlin Unter den Linden 40.

Verlangen Sie Programme kostenfrei.

Max Berndorffs

Woll-Garne sind ganz hervorragend in Qualität und billigem Preis.

Schafwolle = Schweißwolle = große Auswahl.
 Geiststr. 22. Geiststr. 22.

— Witzlieb des Rabatts-Spar-Vereins. —

Telegramm!

Der grosse lenkbare Luftkreuzer (Führung: Luftpilot Oberleutnant Stelling)

mit Segommer vom Walhalla

wird morgen Sonnabend bei entsprechender Witterung nachm. von 3 bis 7 Uhr ganz Halle u. Umgebung übersehn. Segommer übernimmt damit den Halbestern seinen Huldigungsgruss.

Soreisen die modernsten Künstler!
 Segommers erstes Sensations-Debut im Walhalla-Theater mit einem fabelhaften Programm morgen Sonnabend 8 Uhr.

Wiederrum kommt eine Welt-Attraktion

in das „Apollo-Theater!“

Am 18. September für nur kurze Zeit:

Liliput, Das Reich der Zwerge

18 der kleinsten Menschen mit eigenem Reich, bestehend aus 12 Boud. Dromedar. Fisl. Stier, eigenen Galawagen, Gaultagen, Omnibus etc. in ihren Produktionen als Zirkus- Varietee-Stänker.

Die Vorstellung der Liliputaner umfasst ein vollständiges Zirkus-Programm!

In Juleit 7 Monate lang die Grand Attraktion im Jardin Acclimatation zu Paris, der Clou der Brüsseler Welt-Ausstellung 1910.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Heute: Abschiedsvorstellung.

„Um ein Weib“

Vorbereitend: Der ausgetriebene Varieteeist.

Zur Aufführung im

Stadt-Theater

am Sonntag, d. 17. Septbr., abends 7 1/2 Uhr

Hendels Operntexte

Nicolai Die lustigen Weiber von Windsor

Bearbeitet u. mit Einleitung versehen v. Eduard Mörike, 1. Kapellmeister des Stadt-Theaters in Halle a. S.

Hendels Operntexte (mit Notenbeispielen) sind im Stadt-Theater als offizielle Texte eingeführt u. sowohl im Stadt-Theater als auch in allen Buchhandlungen erhältlich.

C. W. Trothe

Optisches Institut, Poststraße 9/10, gegründet 1816.



Flügel-Pianos

M. 1200.- M. 700.-

Görs & Kallmann, Hoflieferanten Sr. Maj. des deutschen Kaisers. Alleinvertretung

Albert Hoffmann.

Wenn Sie Ihre Gesundheit erhalten wollen. Ganz rein. Süßholz, hervorragend schöne Qualität. 80 Pf. bei 5 Pf. 75 Pf., empfiehlt Carl Good, Breitestraße 1. u. 2. Carl Good, Leipzigerstr. 61/62.

deutsche (mailliert) Loden-Mäntel für Damen, Herren und Kinder. sehr praktisch und preiswert. H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Markttaschen


aus Rindleder, unverwundlich, 3,65.

G. F. Ritter,

Leipzigerstrasse 90.

Einheitspreis 1250 für Damen und Herren M. Luxusausführung . . . M. 1650


Fordern Sie Musterbuch.



DAS BESTE ist gerade gut genug, ist unsere Richtschnur bei der Auswahl der Rohstoffe zur Herstellung der Salamanderstiefel

SALAMANDER

Schuhes. m. b. H., Berlin.



Halle a. S. Leipzigerstr. 100.

Albert Neubert

Buchhandlung und Antiquariat

Poststrasse Nr. 7 Halle a. S. Poststrasse Nr. 7 unweit des Denkmals Kaiser Wilhelms I. empfiehlt seinen

Journal-Lesezirkel

für deutsche, französische und englische, belletristische und wissenschaftliche Literatur.

Größtes Institut der Provinz Sachsen.

Auswahl von ca. 200 verschiedenen Zeitschriften.

Hier von 12 Zeitschriften humoristischen Inhalts.
 „ 25 Illustrierte Zeitschriften.
 „ 17 Moden-, Jugend- und Hausfrauen-Zeitungen.
 „ 10 Unterhaltungsschriften.
 „ 32 Zeitschriften über Kunst, Musik, Literatur, Theater.
 „ 15 Zeitschriften über Geschichte, Geographie, Politik.
 „ 5 Zeitschriften über Theologie.
 „ 45 Medizinische Zeitschriften.
 „ 21 Zeitschriften über Naturwissenschaft, Gewerbe, Technik.
 „ 6 Zeitschriften Sport, Gartenbau, Jagd.

Wöchentliches Abonnement schon von 2 Mk. an. Eintritt jederzeit.

Auswahl der Journale nach Belieben.

Pünktliche Lieferung. Saubere Journale.

Bei Jahres-Abonnement ermäßige ich den Preis um 20 %.

Spezial-Verzeichnis kostenlos.

Seminar - Kindergarten, März 18. Anmeldungen täglich.

Weissnäh-Schule von A. Richter, Rathausstr. 6. Gründl., gewissh. Unterricht i. Zuschneid. u. Nähen sämtl. Wäsche.

Neues Theater.

Direktion: C. M. Mauthner.

Sonntag, den 17. September

Eröffnung.

Novität! Zum 1. Male. Novität!

Das starke Geschlecht

Stadt-Theater

in Halle a. S.

Samstag, d. 16. Septemb. 8. Vorstellung im Abonnement. 4. Viertel.

Eröffnung der Opern-Spielzeit

Das Rheingold

Vorabend zur Trilogie „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner.

Spielleitung: Oberregisseur Theo Raven

Musikal. Leitung: Eduard Mörike

Personen:

Botan. } Erik van Gort.
 Donner. } Götter Otto Rudolph.
 Frey. } Eugen Deulden
 Loge. } Lehmann
 Alberich Nibelun Theo Raven
 Mime } gen Frey Gruielli.
 Holoald } Niefen Franz Schwarz
 Kofner } Frey Schwarz
 Freia. } St. Frey
 Freia. } Göttingen Armand Kühn.
 Erda. } Ruth Witten.
 Woglinde } Wille v. Boer
 Wellgunde } Jöhain Brüger-Droz
 Glöckelb. } Jöhain Hoffe Sebald.

Schauplatz d. Handlung: 1. Szene: In der Tiefe des Rheines. 2. u. 3. Szene: Frey Siegen an der Götterhöfen, am Rhein gelegen. 3. Szene: Die unterirdischen Klüfte Nibelheim.

Diese Pause.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 Uhr

Sonntag, d. 17. September Nachmittags 3 1/2 Uhr: 1. Volks-Vorstellung zu kleinen Einheits-Preisen v. 60, 40 u. 25 Pf.

Doktor Klaus.

Sufspiel in 5 Akten v. H. Strakosky

Abends 7 1/2 Uhr: 8. Vorstellung im Abonnement. 1. Viertel.

Die lustigen Weiber von Windsor.

Romisch-pantastische Oper in 3 Akten von Otto Nicolai.

Vor- u. nach dem Theater im

Weinhaus Broshkowskii

die vorzüglichste Küche, die edelsten Weine.

2 Dreierantenreis, Blöße für das Stadttheater 1. Viertel

1. für die Spielzeit 1911/12 hat abgegeben Robert Rothmann, Gr. Steinstr. 79.

Küchenlampen

mit gutem Brenner.

G. F. Ritter,

Leipzigerstrasse 90.